

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

26. November 2010 • Nr. 40 • 0,75 €

„Österreich 2020“-Kommentar
von Gesundheitsminister
Alois Stöger

Wir wollen
die beste
Schule!

Die SPÖ kämpft für:

- Konsequente Bildungsreformen
- Klare Kompetenzen

Gute Bildung ist nicht nur für jeden Einzelnen eine unverzichtbare Basis der persönlichen beruflichen Zukunft. Beste Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte ist vor dem Hintergrund der Internationalisierung auch eine volkswirtschaftliche Überlebensnotwendigkeit. Österreich ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Damit das so bleibt, brauchen Unternehmen entsprechende Voraussetzungen. Und die sind – gerade in einem Land mit höheren Einkommen und ohne nennenswerte Rohstoffvorkommen – neben einer guten Infrastruktur und einer geringen Streikanfälligkeit aufgrund sozialer Sicherheit vor allem hervorragend ausgebildete Arbeitnehmer. Die Grundlage dafür ist ein möglichst gutes Rüstzeug, das in der Schule vermittelt werden muss. Deshalb ist es so wichtig, dass die Schulreformen, die von Bildungsministerin Claudia Schmied eingeleitet wurden, fortgesetzt werden. Deshalb ist es so wichtig, sich nicht auf einen politischen Kleinkrieg bezüglich der Lehrerkompetenzen einzulassen. Deshalb ist es so wichtig, dass Bundeskanzler Werner Faymann in dieser leidigen Debatte ein Machtwort gesprochen hat.

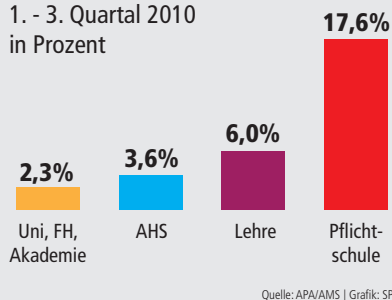
Eure Redaktion

Highlights der Woche

Bildung	4
Spitäler.....	6
Interview mit SPÖ-Gesundheits-sprecherin Sabine Oberhauser	7
Väterkarenz	10
„Österreich 2020“-Kommentar von Gesundheitsminister Alois Stöger	14

Arbeitslosigkeit nach Ausbildung

Arbeitslosenquote nach höchster abgeschlossener Ausbildung
1. - 3. Quartal 2010
in Prozent



Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit

Aus den Arbeitsmarktdaten des AMS ist klar herauszulesen: Je besser die Ausbildung, umso besser sind die Chancen am Arbeitsmarkt. Während die Arbeitslosenquote unter Pflichtschulabsolventen bei 17,6 Prozent liegt, ist sie bei Menschen mit Lehre nicht einmal halb so hoch. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat mit der Ausbildungsgarantie bereits einen wichtigen Schritt gesetzt, doch er will noch weiter gehen: „Meine Vision ist eine Ausbildungsverpflichtung über die Pflichtschule hinaus.“

Zitat der Woche

„Wir müssen daran arbeiten, wie wir den Ausbau von Ganztagschulen auf 200.000 Plätze rasch umsetzen.“

**Bundeskanzler
Werner Faymann**



SPÖ

Johann Maier kritisiert: Viele Strafanzeigen, aber nur wenige Verurteilungen wegen Menschen- und Prostitutionshandel.

Viele Anzeigen – wenige Verurteilungen

Zwischen 2005 und 2009 gab es in Österreich 271 Strafanzeigen wegen Menschen- und Prostitutionshandel. Viele der Verfahren wurden jedoch eingestellt. Das brachte eine parlamentarische Anfrage von SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier ans Licht. Als Grund dafür nannte Maier, dass Opfer oft gar nicht als solche erkannt werden oder unzureichend ermittelt wird. Für Maier liegt der Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen diese schrecklichen Verbrechen in verstärkter internationaler Zusammenarbeit: „Nationale Alleingänge sind zum Scheitern verurteilt.“

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

Telefonbetrug

SPÖ-Forderungen werden umgesetzt

Beim Kampf gegen den Telefonbetrug kann die SPÖ auf etliche Erfolge verweisen: Die Justizministerin setzt fast alle SPÖ-Forderungen um.

Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt, die Gesetzesvorlage im Kampf gegen Telefonbetrug ist ein gangbarer Kompromiss“, erklärt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim aus Anlass der im Ministerrat präsentierten Gesetzesvorlage. In diesem Zusammenhang erinnerte Jarolim an die bereits im Sommer vorgestellten strengen SPÖ-Forderungen. Mit Hartnäckigkeit und Konsequenz konnte erreicht wer-

den, dass bei gewissen Verträgen – das sind Verträge im Zusammenhang mit Glücksspiel – eine Nichtigkeit umgesetzt wurde. Das Ziel der umfassenderen Umsetzung der absoluten Nichtigkeit von Verträgen bleibt aber nach wie vor aufrecht, so Jarolim.

Telefonische Verträge im Zusammenhang mit Glücksspiel sind künftig ungültig.



Fotolia



Es gibt Meinungsunterschiede - so what?

Die Regierung hat Meinungsunterschiede bei den Themen Bildung und Steuererechtigkeit. Erfreulicherweise gibt es erkennbare unterschiedliche Positionen der Parteien. Wir werden uns trotzdem anstrengen müssen, unsere Politik besser zu transportieren - sonst gewinnen die Blender und Scharlatane an Zustimmung.

Am Mittwoch holte sich FPÖ-Obmann Strache drei Kärntner FPÖ-Abgeordnete (FPK) in den FPÖ-Klub, was ihm ab dem Jahr 2011 satte 180.000 Euro mehr Förderung in die Klubkasse spült. Er bestritt diesen Zusammenhang natürlich. Hätte er Anstand, würde er das Geld den Österreichern umgehend zurückgeben. Schließlich waren es die Steuerzahler, die die Kärntner Hypo aus dem FPK-FPÖ-Sumpf zogen und damit letztlich retteten. Das mit dem Anstand scheint nur leider nicht so Straches Sache zu sein. Dafür unterhält die FPÖ Beziehungen zu bedenklichen Rechtsparteien in Ungarn. Die Meldungen darüber gehen leider unter, auch weil wir nicht energisch genug darauf hinweisen.

Es ist die Regierung, die dieser Tage hart für ihre Arbeit kritisiert wird. Das Budget sei etwa „zu wenig mutig“, so die Analyse. Was auch immer mit „Mut“ gemeint sein sollte. Die Regierung streite, so der leider nicht ganze falsche zweite Befund. Es stimmt, wir können uns als Regierungspartei nicht aus der Verantwortung stehlen, wir leisten einen wichtigen Beitrag zum Image der Politik. Andererseits möchte ich in der Öffentlichkeit gar nicht den Eindruck erwecken, dass SPÖ und ÖVP quasi gleich sind. Selbstverständlich haben wir Meinungsunterschiede. Gerade in der Bildungspolitik. Die SPÖ tritt für eine gemeinsame Mittelschule mit ganztägigem Unterricht ein - mit motivierten Lehrern und Schülern, die statt Frontalunterricht selbständiges Lernen lernen. Im Gegensatz dazu befindet sich die Volkspartei in Fragen der Bildungspolitik noch immer im vergangenen Jahrhundert. Anders als Experten, Sozialpartner

oder Industriellenvereinigung empfehlen, besteht man in der Lichtenfelsgasse auf frühe Selektion und kämpft gegen den Mythos „Eintopfsschule“.

Auch in der Verteilungsfrage unterscheidet uns einiges von der ÖVP. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass der Faktor Arbeit entlastet werden muss und im Gegenzug Vermögen stärker belastet werden sollen. In der ÖVP wiederum ist man überzeugt davon, den Wirtschaftsstandort Österreich durch Steuererleichterungen für Banker und Superrei-

„Wir dürfen nicht warten, bis die FPÖ in der Regierung ist, um sie zu entlarven. Wir müssen das jetzt tun.“

sigkeit in Europa hat. Gleichzeitig haben wir unterschiedliche Positionen und äußern diese auch. Spielt das schon der FPÖ in die Hände? Nein, nicht per se, es deckt sich nur nicht mit der Erwartungshaltung, Politik sei nicht immer auch Auseinandersetzung.

Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten noch klarer aufzeigen was passiert, wenn eine rechtspopulistische Oppositionspartei wie die FPÖ regiert. Schwarz-Blau ist den meisten Menschen noch in wacher Erinnerung, aktuelle Beispiele wie die Rechtsregierung in Italien sollten gleichfalls abschrecken.

Blender als Blender zu entlarven und Scharlatane als Scharlatane ist jetzt das Gebot der Stunde. Alle, die kein Interesse an einem triumphierenden Strache haben, müssen jetzt an einem Strang ziehen. Natürlich ist es leicht, immer gegen alles zu sein.

Es ist sogar furchtbar leicht, mit den Ängsten der Menschen zu spielen und die bestehende Zuwanderungsproblematik mit "Alle raus" zu beantworten. Faktum ist: FPÖ-Regierungsbeteiligungen führten zu nie dagewesenem Sozialabbau und Rekordarbeitslosigkeit. Die FPÖ ist gegen Reichensteuern und hat kein eigenes Bildungsprogramm. Die FPÖ hat keine Antworten, keine Lösungen, keine Visionen für das Land. Wir dürfen nicht warten, bis die FPÖ in der Regierung ist, um sie zu entlarven. Wir müssen das jetzt tun. ♦



Die SPÖ tritt für eine gemeinsame Mittelschule mit ganztägigem Unterricht ein - mit motivierten Lehrern und Schülern, die statt Frontalunterricht selbständiges Lernen lernen.

che erhalten zu wollen. Ja, es gibt Meinungsunterschiede. So what?

Wir sprechen von zwei Parteien, die ein Regierungsabkommen geschlossen und unser Land gemeinsam durch die Krise gebracht haben. Wir haben gemeinsam ein Budget erstellt, um das uns die meisten Regierungschefs in Europa beneiden. In Großbritannien müssen 19 Prozent der Aufwänden gespart werden, in Österreich sind es 1,6 Prozent. Wir wetteifern mit den Niederlanden, wer die niedrigste Arbeitslo-

BILDUNG

Für unsere Kinder: Reform

Für die SPÖ ist klar: Die erfolgreichen Bildungsreformen müssen fortgesetzt werden. Für Retropolitik Marke ÖVP ist die Schule der falsche Ort. Denn die Schulreformen dulden keinen Stillstand.



Fotolia

Der SPÖ geht es um die beste Ausbildung der Kinder. Die ÖVP dagegen beschäftigt sich seit Monaten mit bloßen Machtfragen.

Seit Monaten beschäftigt sich die ÖVP in Sachen Schule mit einem Thema, das an den Bedürfnissen der Kinder und Eltern völlig vorbeigeht. Die Rede ist von den schwarzen Machtgelüsten in Richtung Veränderung des Schulwesens. Ungeachtet einer Vielzahl von Expertenmeinungen, die vor einer Veränderung warnen, und auch im Gegensatz zur Bundesposition der Regierung Faymann zur Schulverwaltung (Schulwesen soll in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache sein), fordert die ÖVP, dass die Länder die Zuständigkeit für alle Lehrerinnen und Lehrer bekommen.

Bundeskanzler Werner Faymann hat dem in der Tageszeitung „Österreich“ eine klare Absage erteilt: „Es wird keine Veränderung der Lehrer geben.“ Er werde eine „Zersplitterung der Lehrer-Zuständigkeit auf neun Bundesländer nicht zulassen“, so Faymann. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas unterstrich, dass die SPÖ „voll und ganz hinter Bildungsministerin Claudia Schmied steht“. Die Bildungsministerin

warnte davor, dass das von den ÖVP-Länderchefs vorgelegte Verländerungsmodell „das Ende jeder Bildungsreform“ bedeuten würde.

Tatsächlich hätte eine Verländerung der Schulverwaltung zahlreiche Nachteile:

„Es wird keine Veränderung der Lehrer geben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Neun verschiedene Schulsysteme samt teurer Verwaltungsstrukturen wären genauso die Folge wie ein völlig intransparenter Einsatz der Ressourcen. Auch eine einheitliche Qualitätssicherung und eine bundeseinheitliche Steuerung durch das Bildungsministerium wären gänzlich unmöglich. Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder steht daher fest: „Die Vorschläge zur Verländerung widersprechen jeder bildungspolitischen und ökonomischen Vernunft.“

Viel wichtiger als die von der ÖVP betriebene Machtdiskussion ist die Fortsetzung einer umfassenden Bildungsreform. Denn hinsichtlich der angeblich eher mittelmäßigen PISA-Ergebnisse (die freilich erst am 7. Dezember offiziell präsentiert werden), ist klar, dass unsere Schulen keine Retro-Diskussionen, sondern konsequente Reformen brauchen. Klarzustellen ist auch: Die bei PISA 2009 getesteten Schüler sind Jahrgang 1993. Sie konnten daher noch gar nicht von den unter Ministerin Schmied eingeleiteten Reformen profitieren. Die PISA-Resultate sind Ergebnis der Versäumnisse der Gehrler-Schule unter Schwarz-Blau.

Ganztägige Schulformen werden ausgebaut

Bundeskanzler Faymann bekräftigte im letzten Ministerrat, dass die „Schul- und Bildungsreform keinen Stillstand duldet“. Statt Machtfragen müssten daher das Wohl der Kinder und die wirklich wichti-

politik statt Retropolitik

gen Fragen der Bildungspolitik auf der Reformagenda stehen. Dies umfasst den Ausbau der ganztägigen Schulformen und die Ausweitung der Neuen Mittelschule genauso wie z.B. die gemeinsame Lehrerbildung. Die SPÖ treibt diese Reformen mit voller Kraft voran. Und das mit Erfolg: So gibt es für den Ausbau der ganztägigen Schulformen jährlich 80 Millionen Euro an Offensivmitteln. Auch beim Schul-Gipfel, der letzten Dienstag stattfand, gab es ein klares Bekenntnis zu mehr Ganztagschulplätzen: „Alle wollen daran mitwirken, dass mit jährlich 80 Millionen Euro das Ziel erreicht wird. Nämlich eine Aufstockung des ganztägigen Schulangebots um 80.000 Plätze“, so Kanzler Faymann. Bis 2014 soll die Zahl der Ganztagsplätze von derzeit 120.000 auf 200.000 Plätze gesteigert werden.

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer begrüßt diese Maßnahme: „Dieser Ausbau stellt einen ersten Schritt zu mehr Autonomie an den einzelnen Schulen dar, da die jeweiligen Schulerhalter und Verantwortlichen an den Schulstandorten am besten wissen, wie man die Ganztagsbetreuung am jeweiligen Schulstandort am sinnvollsten umsetzt.“

Um das Thema „Autonome Schule – moderne Schulverwaltung“ ging es auch bei einer großen Bundesrats-Enquete zur Schulverwaltung. Ministerin Schmied bekräftigte in ihrem Impulsreferat, dass es im Bildungsbereich „Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung“ brauche. Das sei Bedingung für die rasche Umsetzung

der nötigen Reformmaßnahmen. Schmied plädierte unter dem Stichwort mehr Schulautonomie außerdem für eine Stärkung der Verantwortung der einzelnen Schulstandorte. Die SPÖ-Bundesräte traten für ein modernes, bundeseinheitliches Schulsystem ein. Und sie verdeutlichten, dass der Ausbau der Ganztagesbetreuung und der Neuen Mittelschule gesellschaftspolitisch von zentraler Bedeutung sei.

80 Millionen Euro jährlich für die Universitäten

Bereits einen Tag vor dem Schulgipfel tagte im Bundeskanzleramt der Universitätsgipfel, an dem Universitäts- und Studentenvertreter teilnahmen. Bundeskanzler Faymann bekräftigte: „Wir wollen die Situation der Studierenden verbessern, wir brauchen mehr Studierende und eine höhere Akademikerquote.“ Wie wichtig der Regierung Faymann das Zukunftsthema Bildung ist, zeigt sich daran, dass es jährlich 80 Millionen Euro für die Universitäten gibt. „Denn auch in Zeiten des Sparens hat für uns die Bildung Priorität“, so Faymann.

Beim Unigipfel wurde auch die Erarbeitung eines österreichischen Modells der Studienplatzfinanzierung (pro Studienplatz wird den Unis eine bestimmte Summe zur Verfügung gestellt) vereinbart. Zu den For-

„Mit dem Ausbau des ganztägigen Schulangebots wird es möglich, dass alle Eltern, die ein gutes Angebot brauchen, es im öffentlichen Schulsystem auch bekommen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Strasser



Die Neue Mittelschule ist ein Erfolgsmodell und ein Meilenstein der Schulreform von Bildungsministerin Claudia Schmied.

derungen der Studierenden erneuerte der Bundeskanzler die Absicht, dass rasch klargestellt werden solle, wie Härtefälle entschärft werden könnten. Zu diesen Härtefällen zählen u.a. Stipendienbezieher und Studierende, die aufgrund des Besuchs einer Berufsbildenden Höheren Schule später maturiert haben. ♦

DER STANDARD

Eines haben die beiden Prölls, Onkel und Nefte, jedenfalls erreicht: Es wird nur noch über Organisationsformen und Kompetenzen gesprochen. Es geht um Macht und Einfluss. Es geht nicht um Inhalte, es geht nicht um Ziele, es geht nicht um die Sache.

Stattdessen nehmen Erwin Pröll, der Landeshauptmann, und Josef Pröll, der ÖVP-Chef, Vizekanzler, Finanzminister und Nefte, die Republik mit einem unnötigen Machtkampf in Geiselschaft. Das ist umso unverständlicher, als es praktisch keinen Experten gibt, der eine Kompetenzverteilung vom Bund weg hin zu den Ländern im Schulsystem für gut heißen würde. Die Nachteile liegen auf der Hand:

ÖSTERREICH

naben: Er sagt die „Verlängerung“ der Lehrer-Kompetenzen ab.

Faymann hat für sein Machtwort den goldenen Zeitpunkt gefunden: Der überwältigenden Mehrheit der Österreicher geht das nervtötende Gezerre um die Lehrer-Zuständigkeit zwischen Ministerin und Landes-Kaisern nur mehr auf die Nerven.

Schulreform darf nicht in Machtspielen ausarten. Es geht um die Kinder und nicht um Polit-Macht.

Nur zwei Stimmen von vielen, die vor einer Verlängerung des Schulwesens warnen: Michael Völker spricht sich im „Standard“ vom 22. November 2010 gegen „Föderalistische Folklore“ aus. Und Wolfgang Fellner betont in „Österreich“ vom 21. November 2010, dass Schulreformen „nicht in Machtspielen ausarten“ dürfen.

GESUNDHEIT

Spitalsreform: Alles

Um die Qualität des österreichischen Gesundheitssystems zu erhalten und sogar zu steigern, ist eine umfassende Reform des Spitalswesens notwendig. Gesundheitsminister Alois Stöger hat vorgeschlagen, wie es geht.

„Das oberste Ziel meiner Gesundheitspolitik: eine für alle frei zugängliche, regional ausgewogene und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

Nachdem im niedergelassenen Bereich mit den Gruppenpraxen bereits eine große Reform und deutliche, auf die Bedürfnisse der Patienten abgestimmte, Verbesserungen gelangen, sind jetzt die Spitäler an der Reihe. Denn um eine mittel- bis langfristige Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens sicherzustellen, brauchen Spitäler effizientere Steuerungsmechanismen: Kompetenz, Effizienz und Transparenz müssen erhöht und Planbarkeit und Koordination der Spitalslandschaft verbessert werden. Das kommt letztlich auch dem Patienten zugute – denn erstet immer im Mittelpunkt.

Zum Hintergrund des Reformbedarfs: Die Kosten im Gesundheitswesen und besonders die der Spitäler sind in den letzten



Es geht um enorme Summen. Die Kosten für Spitäler lagen 2009 bei beachtlichen 15,4 Mrd. Euro.

Jahren viel stärker gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt. Etwa die Hälfte der öffentlichen Gesundheitsausgaben fließt in die Spitäler (2008: 11,81 von 21,82 Mrd. Euro). Wenn die Spitalskosten weiterhin stärker als das Wirtschaftswachstum steigen, ergibt sich innerhalb weniger Jahre ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von insgesamt 3,2 Mrd. Euro für die Spitäler.

Österreich hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Eine Tatsache, die rund 89 Prozent der Menschen in Österreich bestätigen – sie sind mit dem Gesundheitssystem zufrieden und beurteilen auch dessen Entwicklung positiv. Die Ausgaben sind im OECD-Schnitt unterdurchschnittlich – mit zehn Prozent des BIP gibt Österreich um rund sieben Prozent weniger aus als die USA, stellt aber bessere Leistungen zur Verfügung.

Beste Krankenhausinfrastruktur sicherstellen

Um optimale medizinische Versorgung gewährleisten zu können, dürfen vor allem in

der Region keine Standorte geschlossen werden. Die Kompetenzen müssen aber besser gesteuert und gebündelt werden. Leistung soll dort angeboten werden, wo sie die Patienten brauchen – sie bezahlen ja auch Beiträge dafür. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine Reihe von Maßnahmen.

Mehr Kompetenz für den Bund

Derzeit kommt dem Bund lediglich die Grundsatzgesetzgebung zu. Die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung liegen bei den Ländern. Es gibt daher zehn verschiedene Krankenanstaltengesetze. Die Sozialversicherung mit rund 50 Prozent und der Bund mit etwa 15 Prozent tragen die Hauptlast der Finanzierung, der Bund hat aber kein Mitspracherecht. Durch eine Reform würde dem Bund die gesamte Gesetzgebung obliegen, die Vollziehung bliebe aber Ländersache. Weiters sollen die Gelder der Bundesgesundheitsagentur und ein großer Teil der Sozialver-

ÜBERBLICK

Politische Maßnahmen im Spitalsbereich:

- ▶ Kompetenz bündeln: Reduzierung der Krankenanstaltengesetze von 10 auf 1; Steuerungskompetenz durch Bündelung der Finanzmittel in Bundesgesundheitsagentur
- ▶ Effizienz erhöhen: Maximale Kostensteigerung durch Ausrichtung am Wirtschaftswachstum festlegen; Auszahlung der Gelder nach tatsächlichen Leistungen und bei Erreichen von Finanzzielen
- ▶ Transparenz der Leistungen steigern: Öffentlich zugängliche Qualitätsberichte über die Leistung jedes Spitals

für den Patienten

sicherungszahlungen in einem zentralen Steuerungsfonds gebündelt werden. Die Mittel sollen nach bestimmten Kriterien auf die Landesgesundheitsfonds aufgeteilt werden – ähnlich dem erfolgreichen Beispiel des Kassenstrukturfonds.

Mehr Effizienz und Transparenz

Die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen sollen sich am BIP-Wachstum orientieren, um die medizinische Versorgung langfristig aus Spardiskussionen herauszuhalten.

Patienten müssen außerdem in Zukunft besser über das Leistungsangebot eines Spitals informiert werden, etwa durch verständlichere Formulierungen. Spitäler sollen weiters bekanntgeben

müssen, welche Leistungen tatsächlich erbracht werden, etwa wie oft sie z.B. eine bestimmte Operation durchführen. Die Patienten können sich nach diesen Daten erkundigen. Ein Gegenmittel gegen einzelne, regelmäßig schlecht ausgelastete Abteilungen. Denn der Patient hat ein Recht auf Routiniers und beste Behandlungsqualität – immerhin geht es um unser wertvollstes Gut, die Gesundheit. Der Leistungsbericht informiert außerdem über Anzahl und Qualifikation der Ärzte sowie über die Ausstattung.

Dieser Reformplan genießt auch große Unterstützung bei der Bevölkerung – so stimmen 89 Prozent der Bevölkerung zu, dass ein Spitalsgesetz statt derzeit zehn verschiedenen ausreichend ist. Und 90 Prozent sehen Bedarf bei strukturellen Reformen – Leistungseinschränkungen seien nicht vonnöten.

Unterstützung für den Plan, die Spitalgesetze zu reduzieren, erhält der Minister von vielen Seiten – von der Opposition bis zur Ärztekammer. Auch die Vorschläge des Hauptverbands der Sozialversicherungen

INTERVIEW

„Patienten haben ein Recht auf beste Behandlungsqualität“

SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über die Notwendigkeit einer Strukturreform im Spitalswesen und deren Vorteile für die Patienten.

SPÖ Aktuell: Wieso sollen die Spitäler vom Bund gesteuert werden?

Sabine Oberhauser:

Dem Bund mehr Steuerungsverantwortung zu übergeben, ist der erste Schritt zur Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems – orientiert am Bedarf der Patientinnen und Pa-

tienten – und zwar ohne Leistungseinschränkungen. Der Bund kann die Effizienz im Spitalswesen steigern, weil er als Planungs- und Steuerungsinstanz einen guten Überblick hat. Auch die österreichische Bevölkerung sieht aus genau diesen Gründen Handlungsbedarf bei strukturellen Reformen.

Wie wird die neue Steuerung funktionieren?

Oberhauser: Ziel ist eine bundesweite Planung der stationären Versorgung. Es darf nicht jedes Land allein darüber entscheiden, ob es Spitäler ausbaut oder neu baut. Da muss es eine länderübergreifende Planung geben. Schauen wir nur nach Niederösterreich, wo in kleinster Distanz zueinander gerade Spitäler neu- bzw. umgebaut werden. Auch die Frage der räumlichen Nähe von Spitälern über Bundesländergrenzen hin-

gehen in die gleiche Stoßrichtung und signalisieren „Schützenhilfe“ für Stögers Forderungen. Kritiker sollten die Motivation für ihre Ablehnung überdenken – Gesundheit sei, so SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser, ein denkbar ungeeigneter Bereich für das Machtgehabe einzelner Systempartner im Gesundheitswesen.



SPÖ-Gesundheitssprecherin
Sabine Oberhauser

weg muss dabei berücksichtigt werden – und das geht am einfachsten, wenn der Bund da die Planung in Händen hält. Das sind derzeit die größten Probleme, weil damit natürlich die finanzielle Leistungsfähigkeit des Systems untergraben wird. Dass finanzielle Anreize immer ein guter Motor

sind, hat die Vergangenheit schon bewiesen. Mit einem Strukturfonds, der bei Erreichen der Planungsziele neues Geld in die stationäre Versorgung zum Leistungsausbau fließen lässt, könnten sicher schneller Ergebnisse erreicht werden.

Was bringen die Reformvorschläge dem einzelnen Patienten ganz konkret?

Oberhauser: Der Patient oder die Patientin muss die beste medizinische Versorgung erhalten. Sie oder er sollen nicht im Kreis geschickt werden, sondern sollen dort behandelt werden, wo die Leistung am effizientesten und in der höchsten Qualität erbracht werden kann. Das fördert die Zufriedenheit sowohl der Patientinnen und Patienten, als auch der im Gesundheitswesen tätigen Menschen, die täglich hervorragende Arbeit leisten. ◆

Seit September ist der Minister bereits mit den Ländern im Gespräch über die neue Kompetenzverteilung. Demnächst tagt die dazu eingerichtete Arbeitsgruppe erstmals. Der Zeitrahmen für die Umsetzung der Reform ist an den nächsten Finanzausgleich geknüpft, der ab 2014 wirksam sein soll. ◆

EU

Haftungsschirm für Irland sichert EU-Stabilität

Irland ist ein weiterer Beweis dafür, dass mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte notwendig sind. Spekulan- ten hätten das Land fast in den Staatsbankrott getrieben.

Die irische Regierung braucht Geld, um die strauchelnden Finanzinstitute des Landes zu stabilisieren und somit eine Euro-Krise abzuwenden. Niedrige Unternehmenssteuern und davon angezogene Spekulanten hätten das Land beinahe in den Ruin getrieben. Schätzungen zufolge benötigen die Banken 22 bis 37 Milliarden Euro. Um einen Staatsbankrott abzuwenden, schnüren Europäische Union, Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds nun einen Haftungsschirm.

Für Bundeskanzler Werner Faymann hat das Beispiel Irland gezeigt, dass strenge Gesetze für die Bankenaufsicht notwendig sind. Eine „neue Finanzmarktarchitektur“ sei notwendig. Die



Der Haftungsschirm für Irland ist an harte Auflagen gekoppelt. 15 Milliarden Euro muss die irische Regierung bis 2014 einsparen.

SPÖ-EU-Delegation fordert ein Aus der hohen irischen Konzern-Subventionen. Hannes Swoboda, Vizepräsident der Sozialde-

mokraten im Europäischen Parlament sagte dazu: „Wir brauchen eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die die Fehlleitungen von Finanzen in Grundstücks- und Bubbles verhindern. Wir müssen endlich aus der Krise lernen“, so Swoboda.

Österreich beteiligt sich als Mitglied der EU auch am Haftungsrahmen für Irland. Die Bundesregierung wird aber nicht Steuergeld auf die grüne Insel überweisen, sondern mit Garantien für jene Kredite haften, die der Euro-Rettungsfonds am Markt aufnimmt und an Dublin weiterreicht. Die konkrete Ausgestaltung des Rettungspakets wird

bis Ende November verhandelt. Dem irischen Finanzminister zufolge soll der Betrag unter 100 Milliarden Euro liegen. ♦

EU-UN-KOOPERATION

„Über den Tellerrand hinaussehen“

Eine EU-UN-Kooperation trägt dazu bei, Verbesserungen der Lebenssituationen in Entwicklungsländern herbeizuführen und ein Umdenken zu erreichen.

Wir, als EU-Abgeordnete, haben die Pflicht, über den Tellerrand der Europäischen Union hinaus zu schauen und uns für die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Entwicklungsländern einzusetzen“, verdeutlichte der SPÖ-EU-Abgeordnete Jörg Leichtfried während seiner Reise zu den Vereinten Nationen nach New York im Rahmen der EU-UN-Kooperation im November. Die Zusammen-

arbeit umfasst humanitäre Hilfe, die Bekämpfung von Unterernährung, die Herstellung von sozialen Standards sowie den Aufbau von Demokratien und gerechten Gesellschaften. ♦



Formanek

SPÖ-EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried: Erfahrungsaustausch und die Suche nach Lösungen waren Ziele einer Reise des EU-Ausschusses für Außenbeziehungen und Menschenrechte zur UN nach New York.

VERKEHR

Schnellere Rettung

Einsatzfahrzeuge auf Autobahnen und Schnellstraßen sollen ab 2012 schneller zum Unfallort kommen. Ermöglicht wird das durch sogenannte Rettungsgassen.

Rettungsorganisationen stecken auf dem Weg zum Unfallort oft selbst im Stau, obwohl schnelle Hilfe entscheidend ist. Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Asfinag und Verkehrsministerium haben sich daher über die Einführung von Rettungsgassen in Österreich geeinigt. Die Einsatzkräfte können so im Schnitt um vier Minuten schneller am Unfallort sein. „Der Erfolg eines ‚Systems Rettungsgasse‘ ist davon abhängig, wie hoch die Akzeptanz ist“, betont Verkehrsministerin Doris Bures. Die Zeit bis zur Einführung – geplant für den 1.1.2012 – soll daher intensiv für die Information der Bevölkerung genutzt werden. ♦



BMVIT

Rettungsgasse: Die Fahrer weichen links und rechts aus, um die Einsatzfahrzeuge in der Mitte unbehindert durchfahren zu lassen.

GEMEINDEN

Bürgermeister sozial absichern

Gemeinden beklagen, dass es immer schwieriger wird, überhaupt noch einen Ortschef zu finden. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter will Bürgermeister sozial besser absichern – damit der Job attraktiver wird.



Zimmer

„Das Amt des Bürgermeisters muss attraktiv für die besten Kandidaten sein.“ SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Das moderne Bild des Bürgermeisters hat heute kaum mehr etwas mit dem „Ortskaiser“ von früher zu tun. Die Chiefs der Kommunen haben heutzutage eine Fülle komplexer Aufgaben –

gleichzeitig sind die Bezahlung und die sozialrechtliche Absicherung in dieser verantwortungsvollen Funktion nicht besonders attraktiv. Es wird immer schwieriger, Kandidaten für das Amt zu finden. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter hofft, mit einer Offensive für die bessere sozialrechtliche Absicherung der Bürgermeister diese Probleme zu beseitigen und startet eine parteiübergreifende Initiative.

Ein konkretes Problem ist die mögliche Arbeitslosigkeit von abgewählten Bürgermeistern; diese sind nämlich nicht arbeitslosenversichert. Kräuters Vorschlag: Wenn ein Bürgermeister während der Funktionsausübung seinen Zivilberuf verliert, soll er auf Ansprüche, die bereits länger zurückliegen, zurückgreifen und Arbeitslosengeld beziehen können. Auch beim Pensions-

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

- » In Österreich gib es insgesamt 2.357 Gemeinden und ebenso viele Bürgermeister.
- » Der Frauenanteil ist weiterhin gering: Nur in 82 Gemeinden sitzen Frauen im Bürgermeistersessel (3,5 Prozent).
- » Eine Umfrage unter Kommunalpolitikern aus 2009 hat gezeigt: Immer weniger (71 Prozent) können sich vorstellen, Bürgermeister zu werden. Als Gründe wurden v.a. die schlechte Vereinbarkeit mit dem Zivilberuf und mangelnde soziale Absicherung genannt.

recht will Kräuter Benachteiligungen von ASVG-versicherten Bürgermeistern gegenüber Beamten beseitigen. ♦

„ÖSTERREICH2020“-ZUKUNFTSDISKURS

Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts

„Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“ – so lautet der Titel der Veranstaltung am 3. 12. mit einem Impulsstatement von Mathias Machnig, gegenwärtig Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen.



Eine hochkarätige „Österreich 2020“-Podiumsdiskussion wird es in Wien geben. Mathias Machnig, der vor seiner Ministertätigkeit als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gearbeitet hat, ist eingeladen. Machnig fordert nichts Geringeres als „eine dritte industrielle Revolution mit dem Staat als Pionier.“ Weitere Gäste am Podium der Veranstaltung: SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung Petra Bayr, Michael Förchner (Projektmanager am Zentrum für soziale Innovation und Dozent für Angewandtes Wissensmanagement an der FH Eisenstadt) sowie Sigrid Stagl (Professorin für Umweltökonomie und -politik an der WU Wien).

Ökologische Wirtschaftspolitik schont die Umwelt und: Sie schafft nachhaltig Arbeitsplätze. Um die Vorteile ökologischer Wirtschaftspolitik in Zukunft nutzen zu kön-



Frost

Mathias Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen ist Gast beim „Österreich2020“-Zukunftsdiskurs.

nen, muss daher bereits jetzt entsprechend in Forschung, Infrastruktur und Bildung investiert werden. Im Rahmen des „Österreich2020“-Zukunftsdiskurses sollen die ökologischen Herausforderungen als ökonomische Chance des 21. Jahrhunderts diskutiert werden. ♦

TERMINE

„Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“

Ort: **Museumsquartier, Ovalhalle**
Museumsplatz 1, 1070 Wien

Zeit: **3. Dezember 2010, 18.30 Uhr**
(Einlass 18.00 Uhr)

Anmeldung: Unbedingt erforderlich bis 29.11.2010! (T: 0810 810 211 oder direkt@spoe.at)

„Gesund bleiben.“ Zukunftsdiskurs in Tirol über das österreichische Gesundheitssystem mit Gesundheitsminister Alois Stöger

Ort: **Ausbildungszentrum West AWZ**
(1. Stock Mehrzwecksaal)
Innrain 98, 6020 Innsbruck

Zeit: **30. November 2010, 19 Uhr**

VÄTERKARENZ

„Win-Win-Situation für Väter und Betriebe“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will Unternehmen von den Vorteilen der Väterkarenz überzeugen. Nach der Image-Kampagne „Echte Männer gehen in Karenz“ startet die Ministerin nun eine Informationsoffensive für Väterkarenz in der Wirtschaft.

„Die Väter gewinnen Kompetenz im Umgang mit den Kindern und erweitern ihren Horizont, die Unternehmen gewinnen hochmotivierte Mitarbeiter.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Väterkarenz darf nichts Exotisches mehr sein. Wir wollen den Dialog mit Unternehmen stärken“, erklärte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek das Ziel der Offensive, die ab Jänner 2011 startet. „Eigentlich sollte es heute eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich beide Elternteile eine gewisse Zeit um ihre Kinder kümmern“, so Heinisch-Hosek weiter. Zwei Drittel der jungen Väter in Österreich würden dies laut Umfragen auch gerne tun – tatsächlich sind es aber lediglich fünf Prozent. Einen Grund dafür sieht die Frauenministerin darin, dass es Unternehmen ihren männlichen Arbeitnehmern immer noch schwer machen, in Karenz zu gehen.

„Viele Männer fürchten einen Karriereknick“

Viele Männer mit dem Wunsch, in Karenz zu gehen, würden noch als Exoten angesehen und „viele fürchten einen Karriereknick und haben Angst, nicht mehr auf ihren angestammten Arbeitsplatz zurück-



Fotolia

Laut Umfragen möchten rund zwei Drittel der jungen Väter in Karenz gehen. Viele fürchten aber noch immer einen Karriereknick.

kehren zu können“, so Heinisch-Hosek. Deshalb sei es wichtig, österreichischen Unternehmen die Väterkarenz „schmackhaft“ zu machen, ein Bewusstsein in den Betrieben zu schaffen und gemeinsam mit der Wirtschaft eine neue Unternehmenskultur zu entwickeln, die Männer motiviert, eine Väterkarenz in Anspruch zu nehmen. Denn das wäre eine „Win-Win-Situation für Väter und für die Betriebe“, ist sich Heinisch-Hosek sicher. „Die Väter gewinnen Kompetenz im Umgang mit den Kindern und erweitern ihren Horizont, die Unternehmen gewinnen hochmotivierte Mitarbeiter, die nach der Karenz neue Perspektiven und Managementfähigkeiten mitbringen“, so die Frauenministerin.

„Davon profitiert der Mensch und das Unternehmen“

Unterstützt wird die Informationsoffensive der Frauenministerin von Sozialminister Rudolf Hundstorfer und den Sozialpartnern. „Ich möchte auch von meinem Haus aus signalisieren, wie wichtig Väterkarenz und eine partnerschaftliche Betreuung und Erziehung sind“, betonte Hundstorfer. Der

Rechtsrahmen für die Inanspruchnahme der Väterkarenz sei mittlerweile gegeben, nun gehe es darum, ihn „mit Leben zu füllen“. Dafür sei es wesentlich, Unternehmen über Väterkarenz aufzuklären und sie zu motivieren, ihre männlichen Arbeitnehmer zu unterstützen, in Karenz zu gehen. Denn „von der Väterkarenz profitiert der Mensch und das Unternehmen“, ist auch der Sozialminister überzeugt.

Überbetriebliche Vernetzung

Im Rahmen der Informationsoffensive werden ab Jänner 2011 in ganz Österreich für kleine und mittlere Unternehmen kostenlose Workshops zu Väterkarenz und Elternzeit angeboten. Darin werden Betriebe unter anderem über die rechtlichen Rahmenbedingungen aufgeklärt, Umsetzungsmöglichkeiten und Best-Practice-Beispiele analysiert und der betriebswirtschaftliche Nutzen der Väterkarenz unter die Lupe genommen. Neben den Workshops – mit deren Durchführung das Non-Profit-Unternehmen abz.austria beauftragt wurde, sind auch drei Diskurs-Cafés zur überbetrieblichen regionalen Vernetzung geplant. ♦



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei der Präsentation der Informationsoffensive für mehr Väterkarenz in der Wirtschaft.

Schule

Schulzeit – Wie's früher war

Von Schulerbuam und Bauernkindern über Katheder und Rohrstaberl bis zu Hitlergruß und Religionsverbot. Kathrin Friedl ließ sich erzählen, wie's früher in der Schule war.

Noch gibt es Menschen, die von ihren wertvollen Erinnerungen an das „Schulgehen“ in alter Zeit erzählen können. Kathrin Friedl führte stundenlange Gespräche mit Zeitzeugen und erzählt mit unsentimentalem Blick Geschichten aus einer lange vergangenen Schulzeit. Barfuß in die Schule gehen, die Angst vor dem strengen Lehrer mit dem Rohrstaberl, Schreiben mit Griffel und Schiefertafel – die Geschichten sind schön, traurig, lustig und berührend zu-

gleich und berichten von einer Zeit, in der zur Schule gehen noch mehr als Ausbildung war. Damals war Freizeit spärlich und die Schule stellte für viele Kinder eine Abwechslung vom Arbeitsalltag am Hof dar. In über 50 Gesprächen spürte Kathrin Friedl individuellen Erfahrungen im Klassenzimmer nach und machte aus einzelnen „Puzzlestücken“ ein Gesamtbild, das einen in den Schulalltag einer vergangenen Zeit eintauchen lässt. ◆

Zeitgeschichte

Söldner für den Anschluss

Wer waren Hitlers Söldner für den Anschluss? Dieser Frage geht Hans Schafranek in seinem neuen Werk auf den Grund.

Die in Deutschland stationierte Österreichische Legion führte bisher ein Schattendasein in der zeitgeschichtlichen Forschung. Hans Schafranek rekonstruiert in einem umfassenden Werk erstmals Geschichte und Organisationsstruktur dieser Gruppe, die ursprünglich als paramilitärische Formation für die frühzeitige Annexion Österreichs gedacht war. Im Rahmen des Verbotes der NSDAP im Juni 1933 flüchteten mehr als 15.000 Aktivisten der österreichischen SA ins Deut-

sche Reich, wo sie in sogenannten „Hilfswerklagern“ kaserniert und militärisch gedrillt wurden.

Anhand zahlreicher bisher unveröffentlichter Quellen zeichnet der Historiker Hans Schafranek ein facettenreiches Bild der Legion und ihrer Protagonisten. Durch annähernd 150 Kurzbiografien zum Führungskorps der Legion ist das Buch zugleich ein wichtiges Nachschlagewerk zur Geschichte der österreichischen SA. ◆

Belletristik

Die Wege der Wolkenraths

Ein Familienportrait aus dem Hamburg der Dreißigerjahre – Elke Vespers neuer Roman erzählt von starken Frauen und ihrem persönlichen Widerstand.

Die Familie Wolkenrath spaltet sich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in zwei Lager: Während der männliche Teil der Familie aus unterschiedlichen Motiven durchaus mit den Nazis sympathisiert, kämpfen die Frauen gegen das neue Regime. Eine der beiden Schwestern beschützt ihren jüdischen Mann, die andere bespitzelt für ihren englischen Liebhaber Nazigrößen und die Tochter arbeitet mit Unterstützung der 100-

jährigen Tante im Untergrund. Bei „Die Wege der Wolkenraths“ handelt es sich um den dritten Band der großen, deutschen Familiensaga der Schriftstellerin. Elke Vesper veröffentlicht seit 1983 erzählende Werke, in denen sie häufig – wie auch in ihrem neuen Roman – in Form von historischen Familienromanen, Frauenschicksale schildert. Sie studierte Literatur, Philosophie und Psychologie, lebt in Hamburg und arbeitet auch als Psychotherapeutin. ◆



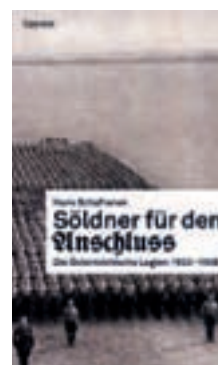
..... Stk.



Kathrin Friedl:
Schulzeit – Wie's früher war.
Böhlau Verlag,
Wien/Köln/Weimar, 2010;
157 S., 19,90 €



..... Stk.



Hans Schafranek:
Söldner für den Anschluss.
Die Österreichische Legion 1933-1938.
Czernin Verlag, Wien 2011;
496 S., 29,90 €



..... Stk.



Elke Vesper:
Die Wege der Wolkenraths.
Küger Verlag,
Frankfurt/Main 2010;
557 S., 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



PENSIONISTENVERBAND

PVÖ-Verbandstag: „Wir können mehr!“



Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ) lud zur zweitägigen Bundeskonferenz: Über 350 Delegierte folgten und diskutierten über Zukunftsthemen wie Pflege und das Pensionssystem.

Mit den Worten „Wir stehen vor großen Herausforderungen“ begrüßte Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha die Delegierten und zahlreichen Ehrengäste der zweitägigen Bundeskonferenz der SPÖ-Pensionistenvertreter, die unter dem Motto „Wir können mehr!“ stand. Vor allem die Zukunftsthemen Pflege und Pensionen sowie der Verbleib älterer Menschen im Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der Redebeiträge.

Pflege, Pensionen, Arbeitsmarkt

PVÖ-Präsident Blecha sprach sich für einen zweckgewidmeten Pflegefonds aus,



PVÖ-Präsident Blecha fordert einen zweckgewidmeten Pflegefonds, um menschliche, leistbare Pflegebetreuung mit hoher Qualität gewährleisten zu können.

um „menschliche, leistbare Pflegebetreuung mit hoher Qualität“ zu gewährleisten. Auch der Ausbau altersgerechter Arbeitsplätze und verstärkter Kündigungsschutz für ältere Menschen sind ihm ein Anliegen. Bundeskanzler Werner Faymann legte in seiner Rede ein Plädoyer für eine so-

lidarische Gesellschaft ab. Um die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Pflege und Gesundheit zu finanzieren, fordert Faymann eine europaweite Finanztransaktionssteuer. „Wir Sozialdemokraten haben eine klare Werthaltung: Jeder Mensch ist gleich viel wert, jedes Kind soll die gleichen Chancen haben und unsere ältere Generation verdient Respekt und würdevolles Altern“, so Faymann. Unter den Ehrengästen befanden sich unter anderem Altbundeskanzler Franz Vranitzky, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, die Staatssekretäre Josef Ostermayer und Andreas Schieder sowie ÖGB-Präsident Erich Foglar.

DIE FAKTEN

Blecha wiedergewählt

Mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Karl Blecha als PVÖ-Präsident bestätigt.

BURGENLAND

140 Euro Heizkostenzuschuss



Auch im Winter 2010/11 soll es bei den Heizkosten wieder Unterstützung für Niedrigverdiener geben.

SPÖ-Soziallandesrat Peter Rezar will einen diesbezüglichen Antrag in der kommenden Sitzung der Landesregierung einbringen. „Mit dem Förderbetrag soll die Belastung durch Energiekosten so gut wie möglich abgefedert werden“, erklärt Rezar. Im vergangenen Winter haben rund 8.000 Burgenländerinnen einen Heizkostenzuschuss erhalten. „Das Land Burgenland bekennt sich gerade in dieser schwierigen budgetären Situation bewusst zur Gewährung des Zuschusses“, so Landeshauptmann Hans Niessl. Anträge können von 1. Dezember 2010 bis 28. Februar 2011 eingebracht werden.



Fotolia

Das Land Burgenland wird Niedrigverdiener mit 140 Euro Heizkostenzuschuss unterstützen.

NIEDERÖSTERREICH

Gravierende Einkommensunterschiede



Beim Durchschnittseinkommen gibt es zwischen den Gemeinden und den verschiedenen Regionen teils große Unterschiede.

„Zur Verbesserung dieser Situation kann Niederösterreich auch selbst einiges beitragen“, ist sich SPÖ-Vorsitzender und Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner sicher. Von einer Infrastrukturoffensive und gestärkten Gemeindefinanzen verspricht er sich positive Impulse für den Arbeitsmarkt und einen Ausgleich beim Lohnniveau zwischen den Regionen und Gemeinden. „Was hier der Wirtschaft und den Gemeinden hilft, schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Löhne und Gehälter nieder und zwar mit mehr Aufträgen, mehr Arbeitsplätzen und damit auch mit möglichen höheren Löhnen und Gehältern“, so Leitner.



SPÖ NÖ

LHStv. Sepp Leitner will mit einer Infrastrukturoffensive den niederösterreichischen Arbeitsmarkt stärken.

KÄRNTEN

Erste „Kärnten Konferenz“



Mehr als 300 Delegierte nahmen an der ersten „Kärnten Konferenz“ der SPÖ teil, um sich über die Entwicklung der Partei zu informieren.

„FPK und ÖVP stehen für Vergangenheit – die Zukunft heißt SPÖ“, rief SPÖ-Landespartei-vorsitzender Peter Kaiser den Delegierten der ersten „Kärnten Konferenz“ entgegen, die sich im Stadtsaal Feldkirchen eingefunden hatten. Für ihn steht fest, dass der derzeit herrschende Zweiparteien-Absolutismus für Kärnten nicht mehr tragbar ist. Bei den Wahlen in drei Jahren will die SPÖ Kärnten diese Vorherrschaft gemeinsam mit den Kärntnerinnen und Kärntnern brechen. Um dies zu erreichen, formulierte Kaiser sechs Forderungen für die zukünftige politische Arbeit der SPÖ. Dazu zählen neben einem Mindestlohn von 1.300 Euro und der politischen Lösung der Ortstafelfrage auch die



SPÖ Kärnten

Die FPK-ÖVP-Alleinherrschaft in Kärnten ist angezählt. 2014 will SPÖ-Landespartei-vorsitzender Peter Kaiser sie gemeinsam mit den Kärntnerinnen und Kärntnern brechen.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und eine gleichwertige Gesundheitsversorgung für alle Kärntner.

Erfolgreiche Organisationsentwicklung

Landesgeschäftsführer und Landtags-abgeordneter Hans-Peter Schlagholz gab eingangs einen Überblick über die

Fortschritte in der organisatorischen Entwicklung der Partei: „Die Zeit der losen Räder ist vorbei, die einzelnen Organisationen der SPÖ greifen wie ein Präzisionsuhrwerk ineinander.“ Bis zum Jahr 2014 wird es 250 Absolventinnen und Absolventen der Nachwuchsakademie der SPÖ Kärnten geben, die in das politische Geschehen eingebunden werden. Für Schlagholz sind sie absolute Zukunftshoffnungen. ♦

SALZBURG

Wandern für den guten Zweck



Der traditionelle SPÖ-Landeswandertag stand dieses Mal ganz im Zeichen des guten Zwecks. Der Erlös kommt einem Mädchen mit schwerer Behinderung zu gute.



Lehmann

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und die Naturfreunde Maishofen überreichen den Erlös von 2.000 Euro Annas Eltern.

2.000 Euro gesammelt werden konnten“, freute sich Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. ♦

Das Geld kommt den Eltern der 8-jährigen Anna zugute, die aufgrund einer schweren Behinderung rund um die Uhr betreut werden muss. Es wird für den bevorstehenden behindertengerechten Umbau der Wohnung verwendet. Mehr als 30 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Naturfreunde und der SPÖ Maishofen waren auf der Naturfreundehütte Gadenstättalm in Maishofen im Einsatz und versorgten die Teilnehmer. „Der daraus resultierende Erlös sowie die Spendenfreudigkeit der über 200 Teilnehmer sorgten dafür, dass

VORARLBERG

SPÖ nimmt Lehrlinge auf



Die SPÖ wird zwei politikinteressierte junge Menschen zu Verwaltungsassistenten ausbilden.

Für die SPÖ ist Bildung eines der wichtigsten politischen Themen. Neben der schulischen Ausbildung ist auch das Erlernen eines Berufes von immenser Bedeutung. Die SPÖ Vorarlberg möchte deshalb zwei jungen Menschen eine Ausbildung zum Verwaltungsassistenten ermöglichen und stellt demnächst zwei Lehrlinge ein. Durch das Schaffen dieser zwei neuen Lehrstellen soll politikinteressierten jungen Persönlichkeiten die Chance gegeben werden,

eine fundierte Ausbildung im Bereich der Verwaltung zu machen. „Wir freuen uns schon auf die Gespräche mit den potentiellen Kandidaten. Die Auswahl zu treffen, wird sicher nicht einfach“, so SPÖ-Landespartei-vorsitzender Michael Ritsch. ♦



SPÖ Vbg.

„Viele reden nur davon – wir handeln.“ SPÖ-Landespartei-vorsitzender Michael Ritsch freut sich auf die neuen Lehrlinge der SPÖ Vorarlberg.



Fotolia

Gesundheitssystem von Menschen für Menschen

Unterschiedliche ideologische Grundausrichtungen haben gerade im Gesundheitsbereich immer direkte Folgen für die Menschen. Wie unterschiedlich diese ausfallen können, zeigt der Vergleich Österreich/Deutschland.

„Die grundsätzliche Entscheidung ist, ob man am solidarischen Modell festhalten will, oder ob man Teile des Gesundheitssektors privatisieren will.“

Die Staaten Europas bekennen sich grundsätzlich zu einem solidarischen Gesundheitssystem. Im Gegensatz etwa zu den USA gibt es bei uns einen zentralen Fokus auf öffentliche Gesundheitsversorgung. Im Ergebnis ist die Versorgung in Österreich besser und die Kosten für Staat und Bürger sind wesentlich geringer. In Österreich macht das Gesundheitswesen derzeit rund 10,1 Prozent des BIP aus, in den USA sind es über 16 Prozent. Die Ausgangslage ist also eine sehr gute: Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, sowohl was die Leistungen als auch den Zugang für die Menschen betrifft.

Trotzdem muss man sehen: Durch die Wirtschaftskrise sind die Staatseinnahmen zurückgegangen, die Kosten im Gesundheitsbereich, dabei vor allem im Spitalsbereich, sind in der gleichen Zeit sehr stark angestiegen. Um unser gutes System zu erhalten und auszubauen, besteht also Handlungsbedarf.

„Kopfpauschale“ in Deutschland

Bei den Ableitungen aus der Wirtschaftskrise treten die ideologischen Gräben voll zu Tage. In Deutschland wurde von der Regierung gerade eine neue, brisante Gesundheitsreform beschlossen. In unserem Nachbarland werden die Krankenversicherungsbeiträge auf 15,5 Prozent angehoben, bei uns in Österreich müssen beispielsweise die ASVG Versicherten drastisch weniger, näm-



Fotolia

Um unser gutes Gesundheitssystem zu erhalten und auszubauen, besteht Handlungsbedarf.

lich nur 3,95 Prozent bezahlen (mit den Arbeitgeberbeiträgen sind es gesamt 7,65 Prozent). Darüber hinaus soll in Deutschland eine sogenannte „Kopfpauschale“ eingeführt werden, ein Betrag, der von jedem Versicherten zusätzlich zu bezahlen ist. Kurz zusammengefasst wird die öffentliche Gesundheitsversorgung in Deutschland verteuert, die verschiedenen Formen der privaten Versorgung damit gestärkt. Das ist nicht mein Weg.

Die grundsätzliche Entscheidung ist, ob man am solidarischen Modell festhalten will, oder ob man durch politische Maßnahmen Teile des Gesundheitssektors privatisieren will. Da ist die Position der Sozialdemokratie ganz klar: die öffentliche Versorgung ist zu stärken, Zwei-Klassenmedizin ist abzulehnen. Diese Grundhaltung zeigt sich auch ganz deutlich in meiner Politik. Um die Krankenkassen nachhaltig abzusichern, werden bis 2014 über 1,7 Milliarden Euro an Kostendämpfungen realisiert, bei gleichzeitigem Ausbau der Leistungen für die Menschen.

Denn das oft vorgebrachte Argument „wir müssen sparen, also Leistungen kürzen“ ist schlichtweg falsch.

Den bei den Krankenkassen so erfolgreichen Weg möchte ich auch im Bereich der Krankenhäuser weiterverfolgen. Derzeit gibt es in Österreich zehn verschiedene Krankenanstaltengesetze, in jedem Bundesland gelten andere Regeln. Durch ein bundeseinheitliches Gesetz und gemeinsam mit den Ländern festgelegte Ziele kann Österreich auch im Bereich der Spitäler effizienter werden und dabei die Unterversorgung, die wir derzeit zum Beispiel im Bereich der Altersmedizin haben, beseitigen. Auch kein einziger Standort ist, wenn jetzt gehandelt wird, in Gefahr. Natürlich gibt es Gruppen, denen das nicht passt, die das solidarische System geschwächt sehen und den Einfluss des privaten Sektors erhöhen wollen. Diesen Auseinandersetzungen gehe ich gelassen entgegen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden unser Gesundheitssystem zu verteidigen wissen. ♦

Alois Stöger ist Gesundheitsminister und war davor Obmann der OÖ Gebietskrankenkasse.

Mit Innovationskraft in die Zukunft

AT&S



Andreas
Gerstenmayer, CEO

Die permanente Weiterentwicklung der angewandten Technologien hat AT&S im High-End-Bereich zu einem der führenden Leiterplattenanbieter weltweit gemacht, mit einem Rekordumsatz von knapp Euro 243 Millionen im ersten Halbjahr 2010/11 sitzt das Unternehmen fest im Sattel. Doch das ist kein Grund zum Ausruhen: AT&S investiert konsequent in Innovation und Technologie. Der Erfolg gibt dem Management Recht. Wichtig für eine österreichische Zukunft ist es aber auch, die Attraktivität des Industriestandortes zu verbessern.

„Die aktuelle Auftragslage in allen Werken stellt sich sehr positiv dar“, erklärt CEO

Andreas Gerstenmayer, AT&S. „Unsere Werke sind voll ausgelastet, die Kundenaufträge sind auf hohem Niveau.“ AT&S ist heute bereits der größte Leiterplattenhersteller in Europa und Indien und maßgeblich in China engagiert. Mit drei Werken in Österreich sowie Produktionen in China, Indien und Korea ist das österreichische Unternehmen weltweit bestens positioniert.

Umso wichtiger ist es, die Voraussetzungen für einen stabilen Standort Österreich zu schaffen. „Wir haben unsere Produktionen in Österreich klar auf Nischenmärkte, Kleinserien und Spezialaufträge ausgerichtet und bauen durch unser Forschungszentrum in Leoben unsere technologische Vorreiterrolle weiter aus.“ Gleichzeitig ist es notwendig, dass der Industrie- und Arbeitsstandort Österreich im internationalen Wettbewerb nachhaltig abgesichert wird. Denn gerade in der Elektronikindustrie ist der Wettbewerbsdruck aus Asien extrem hoch. „Jetzt sind von Politik und Gewerkschaften Weichenstellungen für die Zukunft gefragt, sonst verliert Österreich gegenüber dem internationalen Wettbewerb auch weiterhin an Boden“, meint Gerstenmayer. „Gerade in der Elektronikindustrie sind wir zu mehr als 80% mit einem Wettbewerb aus Asien konfrontiert.“ Aber statt einen klaren Sparkurs einzuschlagen, werde durch höhere Steuern die Mehrbelastung für den Einzelnen noch höher. „Gerade die Mineralölsteuer trifft vor allem jene Menschen, die täglich pendeln müssen, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen – und damit die Mehrzahl auch unserer Belegschaft, um nur ein Beispiel zu nennen“, erläutert Gerstenmayer.

Als Österreichischer Leitbetrieb sieht AT&S die derzeit von den Gewerkschaften angekündigten Forderungen bzgl. Lohn- und Gehaltserhöhungen, Reduktion von Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Weigerung zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit problematisch. Wenn diese Forderungen nur annähernd zur Umsetzung kommen, könnte dies Arbeitsplätze in Österreich kosten. „Ich vertraue jedoch darauf, dass die Gewerkschaften sich ihrer Verantwortung für den Standort Österreich bewusst sind“, sagt Gerstenmayer.

Kompetenter Partner für globale Unternehmen

Durch die langjährige Erfahrung und die konsequente Ausrichtung auf die Technologien der Zukunft hat sich AT&S als kompetenter Partner für ihre Kunden bestens etabliert. Die hohen Standards, der Qualitätsanspruch an das eigene Produkt und die aktive Beratung des Kunden zeigen Wirkung. Mehr als 500 Kunden weltweit verlassen sich immer wieder auf AT&S-Leiterplatten. Größtes Geschäftsfeld ist dabei der Bereich der Mobilgeräte wie Handys, Smartphones, Digitalkameras und vieles mehr. Acht der zehn größten Hersteller von Mobiltelefonen zählt das Unternehmen zu seinen Kunden.

Mittlerweile gehört AT&S dank der breiten und qualitativ hochwertigen Produktpalette aber auch bereits zu den größten Leiterplattenherstellern für den europäischen Automobilmarkt. In Autos finden sich Leiterplatten etwa in der Klimasteuerung, den Fahrerassistenz-Systemen, in Sicherheitssystemen, in Antriebssystemen aber auch in der Navigation, Unterhaltungs- und Informationselektronik. Im Bereich Industrial werden neben Industrieelektronik auch Mess- und Regeltechnik, Medizin, Computing, Luftfahrt sowie Weiß- und Braunware zusammengefasst – selbst in Hörgeräten verbergen sich AT&S-Leiterplatten. Hier gilt es in erster Linie viele kleine Aufträge verschiedenster Technologien und Spezifikationen zu fertigen. In Europa zählt AT&S auch in diesem Geschäftsfeld zu den größten Herstellern, aber auch in den USA hat das Unternehmen bereits „den Fuß in der Tür“. AT&S hat den US amerikanischen Markt zu einem seiner Fokusbereiche erklärt.





Besondere Aufmerksamkeit...

...schenkt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit einer neuen Initiative dem Thema Zwangsheirat. Anlässlich der am 25. November gestarteten internationalen Tage gegen Gewalt an Frauen betonte Bundeskanzler Werner Faymann: „Zwangsheirat hat in unserer Gesellschaft nichts verloren. Da dürfen wir nicht wegsehen.“

Besondere Geschenke...

...erstand Nationalratspräsidentin Barbara Prammer beim Adventmarkt im Parlament. Der Sozialdiensteshop „HandwerkKunst“, die Lebenshilfe Wien und „Jugend am Werk“ boten dort allerlei Handwerkliches an, das von Menschen mit Behinderung mit viel Geschick und Liebe angefertigt wurde.



Besondere Frauen...

..., „die durch ihre Tätigkeit dem Gleichstellungsgedanken Rechnung tragen“ sind Autorin und Regisseurin Marlene Streeruwitz und AK-Abteilungsleiterin für Frauen und Familie Ingrid Moritz. An sie verlieh Frauenstadträtin Sandra Frauenberger daher heuer den Wiener Frauenpreis, der die „herausragenden Leistungen von Frauen sichtbar machen“ soll.

Besondere Tierfreunde...

...zeichnete Bundesminister Alois Stöger mit dem von ihm ins Leben gerufenen Preis „Die/Der beste FreundIn der Tiere“ aus. Der Preis, mit dem Projekte und Vereine prämiert werden, die sich in besonderer Weise dem Tierschutz widmen, wurde heuer erstmals verliehen – unter anderen an die „TierWeGe“ in der Steiermark von Petra und Niki Kulmer.

